

INTERVIEW

Wissenschaft trägt die Gesellschaft**Fragen an Matthias Kleiner, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft**

„Wissenschaft trägt die Gesellschaft, treibt sie an und reflektiert sie kritisch“, beschreibt Matthias Kleiner die Bedeutung der Wissenschaft in der Geschichte der Menschheit.

BONN. Professor Dr. Matthias Kleiner (53) ist seit 2007 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) in Bonn. Bereits seit 2005 war der aus dem Ruhrgebiet stammende und mit einer evangelischen Pfarrerin verheiratete Ingenieurwissenschaftler (Fertigungstechnik) und Leibniz-Preisträger Vizepräsident der DFG. Die Fragen stellte K. Rüdiger Durth.

Herr Präsident, wie offen ist eigentlich die Politik für wissenschaftliche Beratung, die ja auch zu den Aufgaben der DFG gehört?

Die Politik ist durchaus offen für wissenschaftliche Beratung. Das sehen wir in der DFG seit langem etwa bei der so genannten MAK/BAT-Liste, mit der die DFG dem Bund jedes Jahr Empfehlungen zu unbedenklichen oder schädlichen Stoffen am Arbeitsplatz gibt. Diese Empfehlungen finden regelmäßig Eingang in parlamentarische Initiativen, Gesetzgebungsverfahren oder Gesetzesänderungen. Das vielleicht beste Beispiel aber ist der Beschluss des Deutschen Bundestages vom April 2008 zum ...

... in Teilen der Öffentlichkeit umstrittenen

... Stammzellimport-Gesetz. Hier hat eine deutliche Mehrheit der Abgeordneten den wissenschaftlich wohlbegründeten und verantwortungsbewusst vertretenen Rat der Wissenschaft angenommen, die Stichtagsregelung für die Einfuhr embryonaler Stammzellen zu verschieben. Auch die neue Nationalakademie mit ihrer expliziten Aufgabe der Politikberatung zeigt den hohen Stellenwert, den die Politik der wissenschaftlichen Expertise gibt.

Nach zum Teil erbitterten Auseinandersetzungen über die einmalige Verschiebung des Stichtages fürchten nicht wenige Gegner, dass

damit eine Rutschbahn für weitere Stichtagsverschiebungen geschaffen worden ist.

Nach der Verschiebung des Stichtages stehen den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in Deutschland nun mehr als 500 Stammzelllinien zur Verfügung. Vorher waren es nur etwas mehr als 20 Linien. Das ist ein sehr großer und begrüßenswerter Fortschritt, der die Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet hierzulande deutlich voranbringen könnte und der von den Forscherinnen und Forschern mit großem Verantwortungsbewusstsein genutzt werden wird. Insofern stellt sich für die DFG und für mich die Frage weiterer Stichtagsverschiebungen nicht. Und von einer Rutschbahn kann aus meiner Sicht erst recht nicht die Rede sein.

Vor allem weite Teile der beiden großen Volkskirchen waren gegen die Festlegung eines neuen Stichtages. Hat die Forschung generell Probleme mit den ethischen Forderungen der Kirchen?

Nein. So kann man das nicht sagen. Zum einen gehören ja viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, darunter auch ich selbst, einer der großen Volkskirchen an, so dass wissenschaftlichen Entscheidungen immer auch eine persönliche Haltung zugrunde liegt. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Konsultationen zwischen den Kirchen und der Wissenschaft – nicht zuletzt im Deutschen Ethikrat.

Verschiebt sich durch die neue Stichtagsregelung die Forschung von den ethisch unbedenklichen adulten auf die embryonalen Stammzellen?

Nein. Diesen Gegensatz kann man so nicht aufmachen. Die Wissenschaft hat in dieser Debatte immer argumentiert, dass das Ziel die Arbeit mit adulten Stammzellen ist. Aber um zu diesem

Ziel zu gelangen, ist die Vergleichsforschung mit embryonalen Stammzellen erforderlich, weil wir sonst die Reprogrammierungsprozesse der Zelle nicht verstehen können. Wir hoffen aber, in nicht allzu ferner Zukunft dahin zu gelangen, dass wir die Forschung auf diesem zukunftsweisenden Gebiet mit adulten Stammzellen vorantreiben können.

Gibt es aus Ihrer Sicht eine Partnerschaft zwischen Politik und Wissenschaft oder hat die Forschungsfreiheit Vorrang?

Das eine schließt das andere nicht aus. Ganz im Gegenteil: Jede Partnerschaft von Politik und Wissenschaft muss die Forschungsfreiheit (be)achten und wahren, die nicht umsonst als Grundrecht in Artikel 5 unseres Grundgesetzes einen so überragenden Stellenwert hat. Mit dieser Maxime sind beide Seiten, Politik wie Wissenschaft, in bald 60 Jahren Bundesrepublik gut gefahren.

Gibt es für Sie Grenzen, die die Forschung einhalten muss?

Selbstverständlich gibt es die. Sie sind schon allein festgelegt durch unser Grundgesetz, vor allem im Artikel 1. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind Bürger unseres Gemeinwesens und agieren in diesem Rahmen. Dort, wo Entscheidungsspielräume gegeben sind, muss jeder Forschende im Einzelfall entscheiden. Hier bin ich für eine sehr persönliche Haltung in ethischen Fragen und strikt dagegen, anderen für gut gehaltene Ratschläge zu geben.

Welche Bedeutung nehmen eigentlich die Geisteswissenschaften in der Förderung der DFG ein?

Die Geistes- und Sozialwissenschaften erbringen grundlegende Kulturleistungen einer Gesellschaft und verdienen daher jede Förderung. Im Förderhandeln der DFG nehmen sie einen zentralen Platz ein, was leider selbst unter den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der betreffenden Fächer oft so nicht bekannt ist. Die DFG ist mit jährlich mehr als

250 Millionen Euro, das sind 14 Prozent des DFG-Etats, mindestens europaweit der größte Förderer der Geisteswissenschaften.

Mit der Förderinitiative Geisteswissenschaften ...

... haben wir in den letzten Jahren zusätzliche neue Förderinstrumente geschaffen, die hervorragend angenommen worden sind. Beispiele für erfolgreiche Förderung in den Geistes- und Sozialwissenschaften aus der jüngsten Zeit sind das gerade eingerichtete Nationale Bildungspanel, das die DFG wissenschaftlich begleiten wird, und das große Projekt der Digitalisierung von Publikationen vom Spätmittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts.

Hat auch die Theologie noch einen Platz im breiten Spektrum der DFG?

Eine wissenschaftlich arbeitende Theologie, die an der Grundlagenforschung ausgerichtet ist und nicht an der theologischen Verkündigung, hatte immer ihren Platz im Förderspektrum der DFG und hat ihren Platz selbstverständlich auch heute noch. Auch in der Theologie findet Grundlagenforschung in Deutschland auf einem außerordentlich hohen Niveau statt – man denke nur an die Arbeiten des (katholischen) Münsteraner Kirchenhistorikers Hubert Wolf oder des (evangelischen) Münchener Theologen und Ethikers Friedrich Wilhelm Graf. Beide sind übrigens auch mit dem Leibniz-Preis ausgezeichnet worden.

Haben Sie persönlich eine Vorstellung davon, wie die Wissenschaft das Leben der Menschen etwa im Jahr 2050 beeinflussen oder gar verändern wird?

Wissenschaft trägt die Gesellschaft, treibt sie an und reflektiert sie kritisch. Sie verbessert und sichert die Lebensbedingungen der Menschen. Und vor allem stillt sie das Bedürfnis der Menschen, hinter den Horizont zu schauen. Dies wird sie in 50 Jahren genauso tun wie jetzt und in vielen Jahrhunderten zuvor.

Jede Partnerschaft von Politik und Wissenschaft muss die Forschungsfreiheit (be)achten und wahren, die nicht umsonst als Grundrecht in Artikel 5 unseres Grundgesetzes einen so überragenden Stellenwert hat.
